

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

11.4.1929 (No. 84)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
C. Krenn,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3,25 RM. einst. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. - Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. - Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. - Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. - Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Deutsches, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Trinkerfürsorge

Die Aufgabe der Heilanstalten

Die gemeindliche Wohlfahrtspflege wird durch nichts stärker belastet als durch das Vorhandensein einer großen Anzahl von Männern oder Frauen, die dem Laster der Trunksucht verfallen sind. Der übermäßige Genuß geistiger Getränke, namentlich wenn er zur Regel und Gewohnheit wird, macht den Menschen nicht nur arbeitsunfähig, sondern läßt ihn meist der dauernden Unterstützung und Erhaltung durch öffentliche Wohlfahrtspflege anheimfallen.

Trunksüchtige sind Kranke, aber sie können in den meisten Fällen durch geeignete Behandlung geheilt werden. Darum ist es falsch und unrationell, wenn die öffentliche Trinkerfürsorge sich etwa auf die Unterbringung der Trunksüchtigen und namentlich ihrer Familien beschränkt. Jeder Säufler, der der öffentlichen Fürsorge anheimfällt, oder seine Familie ihr anheimfallen läßt, gehört in eine geschlossene Heilanstalt, damit er zu dauernder Abstinenz erzogen wird. Wenn also eine Fürsorgeeinrichtung von der Trunksucht eines Mannes oder einer Frau erfährt, so ist es ihre erste Aufgabe, mit der Familie des Trinkers oder mit diesem selbst, wenn es möglich ist, Fühlung zu nehmen, um ihn dazu zu bewegen, daß er freiwillig in eine Trinkerheilanstalt geht.

Die Trunksucht ist eine Krankheit, die heute leider in allen Ständen verbreitet ist und überall die größten sittlichen und wirtschaftlichen Verheerungen anrichtet. Auch das weibliche Geschlecht ist an diesem Laster nicht unbeteiligt, denn jeder geborne Trinker in Deutschland ist eine Frau, und zwar überwiegend gerade unter den weiblichen Trunksüchtigen die Frau der gebildeten Stände. Eine Unterbringung Trunksüchtiger in Geld, so z. B. durch Erwerbslosenunterstützung oder durch Zahlung einer Rente, wenn auf diese ein gesetzlicher Anspruch besteht, ist in der Regel nicht nur zwecklos, sondern geradezu schädlich, denn dieses Geld dient fast immer zur Förderung der Trunksucht.

Daher bleibt als einziges wirksames Mittel die Überweisung der Trunksüchtigen an eine Heilanstalt übrig, die freilich leider schon deswegen nicht in allen Fällen durchgeführt werden kann, weil es in Deutschland nach zuverlässiger Schätzung über 300 000 Trinker gibt. Außerdem ist die Anstaltsheilung nur in einem Teile der Fälle dauernd, und manchmal sogar überhaupt unwirksam, sobald der Kranke die Anstalt wieder verlassen hat.

Beleuchtung der Hausnummern und Straßenschilder

Die Bedeutung für Feuerwehr und Sanität

Man hat es seit langem als zweckmäßig erkannt, auch in der kleinsten Ortschaft die einzelnen Häuser zu nummerieren, um das Auffinden der Bewohner für die Feuerwehr, insbesondere aber auch für die Postbestellung, zu erleichtern. In den größeren Städten erfolgt die Nummerierung der Häuser in jeder einzelnen Straße, in Kleinstädten und Dörfern aber meist einheitlich für die ganze Ortschaft. Im Dunkeln wird das Auffinden der Häuser erschwert, das wiederum die Straßenschilder noch die Hausnummern ebenfalls erleichtert sind. In den Großstädten mit guter Straßenbeleuchtung ist es in den meisten Fällen möglich, Hausnummern und Straßenschilder auch im Dunkeln einigermaßen zu erkennen, obwohl das auch hier häufig dadurch erschwert ist, daß die Straßenschilder von den Hauseingängen oder auch von den Straßenschildern weit entfernt sind. In kleineren und mittleren Städten aber, und namentlich in den Dörfern, genügt die übliche Straßenbeleuchtung oft ganz allgemein nicht, um die Hausnummern auch während der Dunkelheit zu erkennen. Man hat deshalb die Forderung aufgestellt, den Hausbesitzern die Verpflichtung aufzuerlegen, die Hausnummern auch die Nacht hindurch oder wenigstens bis zu einer bestimmten Abendstunde durch Anbringung von Lampen oder dgl. erkennbar zu machen.

Die Frage ist keineswegs nur für den privaten Verkehr der Hausbewohner und der Fremden von Bedeutung, sondern sie hat auch für die Hausbesitzer selbst ein sehr erhebliches Interesse. Ganz abgesehen von der Gefahr der Strafen für Unfälle, die im Dunkeln häufig vorkommen, erschwert die Nichterkennbarkeit der Hausnummern es z. B. auch den Ärzten, ihre Kranken in dringenden Fällen abends aufzusuchen. Das gleiche gilt von Hebammen, Krankenpflegern usw. Der Branddirektor der Hamburger Feuerwehr, Dr.-Ing. Sander, weist in den Mitteilungen des Deutschen Städtetags ferner darauf hin, daß auch die Feuerwehr, wenn ihre Kräfte gemeldet werden, oft nicht die angegebene Hausnummer finden kann oder aber sie jedenfalls nicht schnell genug findet, weil die Hausnummern nicht beleuchtet sind. "Eine erleuchtete Hausnummer und ein weithin kenntlich gemachtes Straßenschild", so schreibt Dr. Sander, "wird nicht nur bei einer Feuermeldung, sondern auch bei jeder Unfallmeldung, bei jedem Krankentransport von ungemein großer Bedeutung sein. Wer es erlebt hat, wie es bei den leider heutzutage so häufigen Gasvergiftungen es auf Sekunden ankommt, um den in Erstickungsgefahr befindlichen Personen Hilfe zu bringen, wer es weiß, wie häufig das Anrücken des Krankentransports mit äußerster Eile erfolgen muß, der wird zugeben, daß diese weithin sichtbaren Hausnummern und Straßenschilder von großem Nutzen sind. Diese Hausnummern können so angebracht werden, daß sie nicht nur nach außen hin das betreffende Haus kennzeichnen, sondern sie können gleichzeitig auch den Hauseingang beleuchten und damit wiederum vom rein feuertechnischen Standpunkte aus mancherlei Vorteile bringen. Jeder, der es bei einer modernen Berufsfeuerwehr mitgemacht hat, was es heißt, wenn bei mangelhaft beleuchtetem Hauseingang, die verschlossene Haustür schwer zu öffnen ist, der wird es mit Freuden begrüßen, wenn jetzt die Hauseingänge

Letzte Nachrichten

Die Regierungsbildung im Reich

Hinenburg und die Krise

DD. Berlin, 11. April. (Tel.) Der gestern angekündigte Besuch des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten hat bisher noch nicht stattgefunden. Beide Herren sind noch Kesselsesseln und bedürfen der Schonung, so daß die zahlreichen Besprechungen eingeteilt werden müssen. Man nimmt aber in parlamentarischen Kreisen an, daß der Besuch noch im Laufe des Nachmittags stattfindet, so daß die Umbildung des Kabinetts noch heute abend oder morgen vor sich gehen kann.

Der Reichspräsident ist, wie die "D. Z." berichtet, außerordentlich darüber bekrüppelt, daß die Krise überwunden und daß es gelungen ist, eine tragfähige Basis für die Regierung zu schaffen. Es war sein dringendster Wunsch, daß jetzt mit dem Hin und Her Schluss gemacht würde und daß die Parteien, die in diesem Reichstag zur Regierungsverantwortung berufen sind, sich endlich zusammenfinden. Hieron sind gestern die Fraktionen unterrichtet worden.

Die Krise in Polen

WT. Warschau, 11. April. (Tel.) Ministerpräsident Bartel, der in Gegensatz zum Staatschef, Marschall Pilsudski, steht, veröffentlicht heute in einer Reihe von Regierungsblättern einen Artikel, der dem polnischen Parlamentarismus gewidmet ist, und in dem er seine bisherige Politik verteidigt. Dr. Bartel kritisiert zwar den Sejm und seine Tätigkeit, verteidigt aber prinzipiell den Gedanken einer Zusammenarbeit zwischen Landtag und Regierung. Wenn auch außerhalb des Sejm wirkende, entscheidende Kräfte sich der Ansicht zuneigten, daß die Politik des Sejm zusammenzubrechen zu seinen Gunsten führen könnte, so könnte er persönlich sich dieser Auffassung nicht anschließen.

Besuch des türkischen Außenministers in Berlin

WT. Konstantinopel, 10. April. (Tel.) Der Minister des Äußern, Tewfik Ruzhbi Bei, erklärte vor seiner Abreise nach Genf, die türkische Delegation werde auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz über die türkischen Ansichten über die von der Türkei dringend gewünschte Rüstungsverminderung darlegen. Nach Abschluß der Genfer Beratungen werde er eine Zusammenkunft mit Mussolini haben und dann Berlin besuchen.

Ungewisse Lage in China

Schiankaifschel will seine Ämter niederlegen

WT. London, 11. April. (Tel.) Der "Daily Telegraph" meldet aus Schanghai: Der Präsident der Rangkregierung, General Schiankaifschel, hat in Hankau eine Erklärung veröffentlicht, die besagt, sobald er nach Kanton zurückgekehrt sei, werde er alle seine politischen und militärischen Ämter niederlegen. Der Korrespondent bemerkt dazu, es werde angenommen, daß Schiankaifschel, der sich viele Feinde gemacht habe, durch seine politischen Verpfändungen, die er geben mußte, um die Oberhand zu behalten, ernstlich in Verlegenheit gekommen sei. Er vertraue wahrscheinlich darauf, später wieder auf seinen Posten zurückberufen zu werden.

Die unheimliche Gattung Knabenhäuslings

WT. London, 11. April. (Tel.) "Times" meldet aus Schanghai: Finguhäuslings Truppen, die im Vormarsch auf Hankau waren, sollen sich nach Honan zurückgezogen haben. Schiankaifschel gibt in einem langen Zirkulartelegramm an das Land bekannt, daß noch weitere militärische Operationen gegen andere gegenrevolutionäre und reaktionäre Elemente vorgenommen werden müssen, die sich der Autorität der Rangkregierung nicht fügen wollen.

Durchlöcherung des Prohibitionsgesetzes

WT. New York, 11. April. (Tel.) "Times" und Herald Tribune" haben an auffälliger Stelle hervor, daß nunmehr 10 amerikanische Passagierdampfer, beginnend mit "Leviathan", Spirituosen verkaufen werden. Auf der amerikanischen Seite senferts der Dreimeilengrenze "medizinischer" Vorrat zum Aussehen, auf der Europaseite würden größere Mengen alkoholischer Getränke eingenommen.

mit den Treppenstufen und die Haustür selbst mit ihrem Schloß so erleuchtet sind, daß ohne Schwierigkeit bei gutem Licht der Versuch gemacht werden kann, unter möglichster Schonung der Tür diese mit Dietrichen oder sonstigem Gerät zu öffnen.

Endlich ist darauf hinzuweisen, daß vom polizeilichen Standpunkte aus die Beleuchtung der Hausnummern wesentliche Vorteile mit sich bringt, weil sie eine bessere Kontrolle lichtsender Gestalten ermöglicht. Wo Elektrizität oder Gas vorhanden ist, wird die Anbringung und Unterhaltung dieser Beleuchtungskörper an den Hausnummern keine allzu erheblichen Kosten für den einzelnen Hausbesitzer verursachen. Was die Straßenschilder anbetrifft, so haben hier natürlich die kommunalen Behörden für deren ausreichende Beleuchtung zu sorgen. Zu alledem kommt noch hinzu, daß ganz allgemein, wenn man vielleicht von den ohnehin hell erleuchteten Hauptstraßen der Großstädte abieht, die Beleuchtung der Straßenschilder und Hausnummern auch eine erhebliche Verbesserung der Straßenbeleuchtung darstellt.

* Doch noch Große Koalition

Schneller als man es erwarten durfte, sind die Bestimmungen, die sich vorgestern ergeben hatten, überwunden worden. Es ist das in erster Linie ein Verdienst des Reichskabinetts. Daneben aber auch ein Verdienst der besonders beteiligten Parteien. Die Einsicht war gestern doch ziemlich allgemein, daß man wegen der Differenzen in der Panzerkreuzerfrage nicht alles bisher Erreichte gefährden dürfe, und daß man so rasch als möglich versuchen müsse, die Panzerkreuzerangelegenheit als Einzelproblem in den Hintergrund zu schieben und die Parteien zu zwingen, den Blick lieber auf den Komplex der Angelegenheiten zu lenken, über deren Erledigung eine weitgehende Übereinstimmung besteht.

Das Reichskabinet hat demgemäß mit dankenswerter Entschiedenheit die Initiative ergriffen. Es ist mit einer einstimmig gefaßten Erklärung an die Parteien herantreten. Und diese Erklärung hat einen so starken und guten Eindruck hinterlassen, daß sämtliche Fraktionen, einschließlich des Zentrums, ihre koalitionsmäßige Mitarbeit zusagten.

Dieser Entschluß wurde den beiden Parteien, die in der Panzerkreuzerfrage aneinander geraten waren, dem Zentrum und der Sozialdemokratie, durch eine Reihe aufklärender Darlegungen erleichtert. Von Zentrumsseite wurde darauf hingewiesen, daß das Schreiben des Abgeordneten Kaas ja lediglich ein Privat Schreiben gewesen sei und ein Ultimatum überhaupt nicht enthalte, und daß man sogar annehmen könne, daß dieses Schreiben auf eine Anregung Hermann Müllers selbst zurückgehe. Und inzwischen hatte sich auch die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion davon überzeugt, daß der Vorstoß des Herrn Kaas nicht so gemeint gewesen war, wie sie es aufgefaßt hatte. Daneben hat natürlich auch auf die Sozialdemokratie die Erkenntnis stark eingewirkt, daß es aus den verschiedensten Gründen sehr unzulässig sei, jetzt eine Regierungskrise zu riskieren. Denn faktisch hatte ja Reichskanzler Müller vorgestern seinen Rücktritt angekündigt.

Die rechte Einsicht hat also die rechten Entschlüsse rechtzeitig. Und diese Entschlüsse sind solcher Art, daß nicht nur die Durchführung des Etat- und Steuerprogramms gesichert ist, sondern auch die Bildung der Großen Koalition. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat gestern abend einstimmig beschlossen, drei Mitglieder in das Reichskabinet zu entsenden. Sie hat auch bereits die betreffenden Persönlichkeiten vorgeschlagen, nämlich Herrn von Guérard für das Reichsjustizministerium - der bisherige Reichsjustizminister, der Demokrat Koch-Weser, tritt zurück -, den Abgeordneten Stegerwald für das Verkehrsministerium und den Abgeordneten Wirth für das Ministerium der besetzten Gebiete. Diese beiden Ministerien waren bekanntlich unbesetzt. Die Parteien der Großen Koalition haben sich unter Führung des Reichskabinetts daraufhin geeinigt, daß der Etat auf der Grundlage des bekannten Kompromisses erledigt wird, und daß alle Anträge auf Ausgabenverhöhnungen oder Streichungen agitatorischer Art abzulehnen sind. Weitere Bindungen sind zunächst nicht eingegangen worden. Man braucht das nicht traurig zu nehmen, da ja in der Tat die Erledigung des Etats die wichtigste Aufgabe ist. Auf die Bildung eines besonderen interfraktionellen Ausschusses will man auf den Vorschlag des Kabinetts hin verzichten. Der Reichskanzler wird die Parteiführer von Fall zu Fall zusammenrufen.

Wir haben von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß, wenn die koalitionsbereiten Parteien sich über das Etat- und Steuerprogramm einigen, die Bildung der Großen Koalition als eine Selbstverständlichkeit der Einigung auf dem Tische folgen müßte. Denn alle anderen Fragen - mit Ausnahme der Reparationsfrage - rangieren ihrer Bedeutung nach hinter die Etat- und Steuerfrage. Es ist selbstverständlich, daß die Große Koalition, wenn sie erst einmal beieinander ist, nicht wegen irgend einer Kleinigkeit wieder auseinander gehen wird. Bei Fragen zweiten Ranges gibt es mannigfache Möglichkeiten der Verständigung. Und im schlimmsten Falle kann man wohl ruhig einmal bei einer Abstimmung dieser oder jener Partei eine Sonderhaltung konzipieren, wenn dadurch nur nicht die Gesamtpolitik des Reichskabinetts gefährdet, oder das Ansehen des parlamentarischen Systems in auffälliger Weise geschädigt wird. Jedenfalls scheint man entschlossen zu sein, auch in der nächsten Zukunft die eben gewonnene Einigkeit nicht wegen der Panzerkreuzerfrage allein aufs Spiel zu setzen.

Sein Corned Beef mehr

Entsprechend einem Wunsche der Mehrheit des Handelspolitischen Ausschusses hat die Reichsregierung jetzt die Verordnung über vorübergehende Einfuhrerleichterung für Fleisch etc. vom Januar 1920 aufgehoben. Damit ist auch die Einfuhr von Corned Beef mit Wirkung vom 1. April an untersagt worden. Von diesem Zeitpunkt an darf nur die aus alten Kontrakten herrührende Ware eingeführt werden, und zwar bis zum 30. April. Die Corned-Beef-Einfuhr war in den letzten Jahren so stark zurückgegangen, daß sie gegenüber dem gesamten Fleischverbrauch keine große Rolle mehr spielte; sie betrug 1927 etwa 60 000, 1928 noch 44 000 Doppelzentner betragen.

General Dawes Botschafter in London

Die Ernennung des Generals Dawes zum Botschafter in London wird in Washington offiziell angekündigt. Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ meldet dazu: „Der Posten ist zu allen Zeiten nach Meinung der Regierung der Vereinigten Staaten der wichtigste unter den Auslandsposten, und seine Bedeutung wird wahrscheinlich in diesen nächsten Jahren ungewohnter wachsen. Unter den Fragen, die die Zukunft zur Diskussion und zur Lösung stellen wird, befinden sich viele, die innerhalb der besonderen Kompetenz und unmittelbaren Erfahrungen des Generals Dawes liegen, ein Umstand, dessen sich der Präsident augenblicklich bewußt ist.“

Die Verluste der Raiffeisen-Bank. Zu den verschiedenen Nachrichten stellt der Vorstand der Deutschen Raiffeisen-Bank fest, daß es sich nicht um neue, sondern um die alten vor etwa 4 Jahren entstandenen Verluste handelt, die durch die im Verein mit der Preußentasse durchgeführte Sanierung endgültig und restlos beseitigt worden sind. Für die der Deutschen Raiffeisen-Bank angeschlossenen Genossenschaften steht damit fest: 1. Daß sie außer den bereits eingezahlten Aktien keinen Pfennig verlieren, 2. daß ihnen die 1926 geleisteten Bürgschaften zurückgegeben werden, 3. daß ihre Mitglieder in keiner Weise zur Verlustdeckung herangezogen werden, 4. daß ihre Spareinlagen nicht im geringsten den Verlust auch nur eines Pfennigs ihrer Spareinlagen befürchten brauchen.

Kurze Nachrichten

Der Aussenrat des Reichstags beschloß mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen über die Regierungsbildung noch nicht voll abgeschlossen sind, die Verhandlungen des Haushaltsausschusses über den Etat erst am nächsten Montag beginnen zu lassen. Unter Umständen wird auch der Termin für die nächste Plenarsitzung, die auf den 16. April anberaumt war, noch um einige Tage verschoben werden, spätestens jedoch auf den 22. April.

Ein süddeutsches Sekretariat der Friedensgesellschaft. Am Sonntag trafen in Heidelberg die Vertreter der süddeutschen Landesverbände und Arbeitsgemeinschaften der Deutschen Friedensgesellschaft zusammen, um die Neuorganisation ihrer Arbeit in Süddeutschland zu besprechen. Es wurde nach eingehender Beratung einstimmig beschlossen, ein süddeutsches Sekretariat in Freiburg zu errichten, das die gesamte organisatorische Arbeit der Landesverbände Baden, Bayern, Pfalz-Saar, Rhein-Rain und Württemberg übernimmt.

Tagung der Bodensee-Internationale. Wie vor zwei Jahren soll auch dieses Jahr eine Tagung der sogenannten Bodensee-Internationale, als der Arbeiterorganisation der Uferstaaten des Bodensees, Deutschland, Österreich und der Schweiz, abgehalten werden, und zwar am 16. Juni in Lindau. Für Deutschland wird Reichsminister Severing sprechen.

Der Tarifstreit im Bankgewerbe. Auf Grund des von den Angestelltenverbänden eingereichten Antrages auf Einsetzung eines Schlichtungsausschusses zur Beilegung des Gehaltsstreites hat der Reichsarbeitsminister die Parteien zu dem Versuch einer Einigung aufgefordert. Die Verhandlungen finden am 17. April statt.

Der Zuschußbedarf der württembergischen Landestheater. Der ordentliche Zuschußbedarf der württembergischen Landestheater beträgt im Jahre 1929/1930 000 RM (gegenüber dem Vorjahre plus 49 000 RM). Nach den vertraglichen Abmachungen der Stadt Stuttgart erhaltet diese 40 Prozent des Zuschußbedarfs der Landestheater und des Beitrags zur württembergischen Volksbühne; nämlich 796 000 RM.

Der nächste Internationale Kongress für die Olympischen Festspiele wird zum 25. Mai 1930 nach Berlin einberufen.

Der russische Staatshaushalt. Das sowjetrussische Staatsbudget für 1928/1929 sieht Einnahmen in Höhe von rund 7,7 Milliarden Rubel und Ausgaben in Höhe von rund 7,8 Milliarden Rubel vor.

Tornado in Arkansas

W.D. Little, 11. April. Die Gegend zwischen Diaz und Swifton ist durch einen Tornado heimgesucht worden. Dabei sind etwa 40 Menschen ums Leben gekommen. Zahlreiche Häuser wurden zerstört. Die Rettungsarbeiten werden dadurch erschwert, daß die betroffenen Siedlungen kilometerweit von den Straßen entfernt liegen und auch diese durch den Regen ungangbar geworden sind.

Kunstausstellung Baden-Baden

Die Kunstausstellung in Baden-Baden an der Röntgenallee zeigt dieses Jahr eine beachtenswerte Auslese von ungefähr 300 Werken badischer Künstler und solchen der Künstlervereinigung Dresden. Eine reichhaltige Zusammenstellung, die in mancher Hinsicht interessant ist, weil sie sowohl inhaltliche, als auch formale Probleme in den verschiedensten Auffassungen und Lösungen aufweist. Man kann sagen: die Dresdener Gruppe tritt geschlossen auf, die Badener bringen eine ungebundene und reizvollere Mannigfaltigkeit. Problem ihr Meister Klotzsch mit dem Gemälde „Mann und Frau“ nicht erschöpfend vertreten ist, zeigen die Dresdener einen bezeichnenden Aufschwung ihrer Kunst von den Älteren, wie Ludwig von Hofmann, Guzmann usw., bis zu den Jüngsten, unter denen einige besonders markant erscheinen. Bei den badischen Künstlern hat die ältere Generation, unter der allerdings auch einige bekannte Namen ganz fehlen, den jüngeren Kräften viel Platz überlassen. Aber gerade bei diesen ereignet die Vielgestaltigkeit der Inhaltsproblematik und der Reichtum in der Formgebung durchaus lebhaftes Interesse. Gleichviel, ob die Tradition neu belebt wird, oder spontan Neuland entdeckt wird, die badischen Künstler dokumentieren sich als eine Bewegung auf dem Vormarsch. Porträt, Landschaft, Stilleben und Plastik sind charakteristisch vertreten. An den Porträts könnte man den letzten Entwicklungsgang der badischen Kunst fast lückenlos aufzeigen, das Landschaftliche verleiht sich bei den Badenern sozusagen von selbst. Das Stilleben zeigt den Reiz feiner Nuancenpietäts und die Plastik nähert sich von kräftigem Eigenleben.

Die Ausstellung als Ganzes genommen ist nicht nur mit Bedacht und Sinne für anschauliche Wirkung zusammengestellt, sondern auch mit Geschmack und Verständnis gegliedert.

Badischer Teil

Zur Neugestaltung des Schreibunterrichts in Baden

Am 4. April d. J. wurde im Unterrichtsministerium unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Leers über die Schriftfrage in Baden eine Besprechung abgehalten, an der Vertreter aus allen Kreisen der Volksschullehrerschaft, der Schulbehörden, der Organisationen und Schriftschreibern teilnahmen. Eingehende Erörterungen im Anschluß an Referate über neue Schreibweisen, den Stand der Schriftreform im Reich, die badische Normalschrift, über die Kuhlmann, die Offenbacher- und über die Sütterlin-Schrift führten zu dem Ergebnis, daß die badische Normalschrift bei aller Anerkennung ihrer Vorzüge Mängel aufweist, die mit der Auffassung der Gegenwart, neuzeitlicher Erziehung und moderner Methodik nicht in Einklang zu bringen sind.

Die Versammlung gab daher fast einmütig der Überzeugung Ausdruck, daß einer Neugestaltung des Schreibunterrichts ernstlich näher getreten werden müsse. Dabei wird zwar nicht ohne Bedeutung sein, daß die Unterrichtsverwaltung des größten deutschen Landes, Preußens, die endgültige Einführung der Sütterlin-Schrift bereits bestimmt in Aussicht genommen hat. Diese Tatsache wird jedoch die badische Unterrichtsverwaltung nicht hindern, nach eigener Prüfung und in eigener Verantwortung die letzte Entscheidung zu treffen und das Ziel dabei im Auge zu behalten, daß auf dem Weg über den Reichsausschuß für das Unterrichtswesen eine einheitliche Regelung für Deutschland anzustreben ist. Die für Baden zu treffenden Maßnahmen bedürfen im Hinblick auf die Bedeutung einer Umstellung sorgfältigster Vorbereitung. Wenn sich auch für die Einführung der Sütterlin-Schrift gewisse Gründe geltend machen lassen, so werden gleichwohl auch die Ergebnisse anderer neuer Schreibweisen, die in Baden noch nicht praktisch erprobt sind, geprüft und unter Umständen in unserem Lande versuchsweise zugelassen werden müssen.

Es erscheint weiter erforderlich, die Lehrerschaft mit der zu wählenden neuen Schrift hinreichend vertraut zu machen und alle Vorbehalte zu beseitigen, die die Neugestaltung des Schreibunterrichts ohne schwere Benachteiligung der an der Herleitung und dem Betrieb der Hefen, Tafeln, Bücheln usw. beteiligten Wirtschaftskreise durchzuführen wird. Bei dieser Sachlage wird sich der badische Unterrichtsminister vorbehalten, zunächst vorbereitende Schritte zu tun und zu gegebener Zeit die entscheidenden Anordnungen zu treffen.

Badischer Landtag

Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung

Der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung beschäftigte sich am Mittwoch in der Hauptsache mit dem Antrag der Deutschen Volkspartei auf Änderung der bad. Gemeindeordnung, in dem die Regierung ersucht wird, den Entwurf einer Gemeindeordnung mit einem neuzeitlichen verfassungsmäßigen Verfassungsaufbau vorzulegen. Es handelt sich in der Hauptsache um die Vereinfachung des Bürgerausschusses und die Schaffung des sogenannten Großen Gemeinderats. Weitere Punkte betreffen eine Erweiterung der Zuständigkeit des Bürgermeisters, die Erweiterung der Zuständigkeit der Städte mit ortspolizeilicher Befugnis auf dem Gebiete des Bauwesens und der Aufstellung und Festlegung der Bauordnungen, ferner die Einführung einer freien Listenwahl in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern.

Der Berichterstatter (Zentrum) steht auf dem Standpunkt, daß die historisch gewordene Gemeindeverfassung Badens sich im großen und ganzen gut bewahrt habe. Die Befugnisse des Bürgerausschusses in Baden lägen in der Hauptsache auf dem Gebiete der Verwaltungskontrolle in der Gemeinde, gäben aber auch bestimmte Möglichkeiten, direkten Einfluß auf die Gemeindeverwaltung zu nehmen. Das Prinzip der Selbstverwaltung der Gemeinden müsse unter allen Umständen hochgehalten werden. In übereinstimmender Meinung mit der Regierung sei der jetzige Zeitpunkt zu einer so durchgreifenden Reform außerordentlich unglücklich. Der Berichterstatter kam schließlich zu einer Ablehnung des gesamten Antrages.

Auch der Minister des Innern hat hervor, daß der Zeitpunkt zu einer grundlegenden Reform der badischen Gemeindeordnung wenig glücklich sei.

Ein Redner der Deutschen Volkspartei begründete den Antrag und führte aus, daß der jetzige Bürgerausschuß zum großen Teil einen verwaltungsmäßigen Leerlauf bedeute. Die heutige Entwicklung dränge zum Einfammernsystem.

Die Redner des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratischen Partei wandten sich gegen den Antrag. Auch der Redner der Deutschen Volkspartei lehnte vor allem wegen des unglücklich gewählten Zeitpunktes den Antrag ab.

Bei der Abstimmung sprachen sich 13 Mitglieder des Ausschusses gegen den Antrag aus, 3 für ihn, 1 Mitglied enthielt sich der Stimme.

Mit Bezug auf ein Gesuch des Gemeinderats Sandweiler beschloß der Ausschuß, die Regierung zu ersuchen, ein überschüssiges Material zur Frage der Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse und finanziellen Auswirkung auf die Gemeinde anzuerkennen.

Der Wunsch des Verbandes der Polizeibeamten, die Pensionierungsmöglichkeit mit dem 60. Lebensjahr auch für die nichtuniformierten Beamten des Kriminal- und Jugenddienstes gesetzlich vorzusehen, wurde der Regierung als Material überwiesen.

Tagung der Rheinkommission in Mannheim

Die Rheinkommission, die im vorigen Jahre vom Reichsarbeitsministerium, vom Reichsverkehrsministerium und vom Reichswirtschaftsministerium zum Zwecke des Studiums der Rheinschiffahrt eingesetzt wurde hält vom 11. bis 13. April eine Tagung in Mannheim ab. Vorsitzender der Kommission ist Geheimrat Professor Dr. Harms, Kiel; Mitglieder sind Professor Kuste, Köln, und Oberbürgermeister Dr. Wolf, Duisburg-Ruhrort, Beisitzer sind Generalkonzeptionsrat Ballung, Berlin, Generaldirektor Jäger, Mannheim, Staatsbankpräsident A. D. Vech, Frankfurt a. M. und Generaldirektor Belfer, Duisburg-Ruhrort. Den unmittelbaren Anlaß zur Einsetzung der Kommission gab der ausgedehnte Rheinschiffahrtstreik im vorigen Jahre, der die Aufmerksamkeit der breitesten Öffentlichkeit auf die schwierige Lage der Rheinschiffahrt lenkte. Die Mannheimer Tagung wird sich vornehmlich mit dem Verhältnis zwischen Reichsbahn und Rheinschiffahrt, insbesondere mit der Tarifpolitik der Reichsbahn beschäftigen.

Der Fußgängerverkehr in der Kaiserstraße in Karlsruhe

Von Polizei-Oberleutnant Demoll, Karlsruhe.

Ber an den Nachmittags- und Abendstunden der letzten Tage durch die Kaiserstraße Karlsruhes pilgerte, dem mühe- und willkürlich der mit dem Frühjahr wieder einsetzende lebhaftere Verkehr auf der ganzen Linie auffallen, und würde man Statistik treiben, so könnte man fraglos feststellen, daß im Vergleich mit den Verkehrsziffern der vergangenen Jahre ein erhebliche Steigerung des Gesamtverkehrs die Straßen der Landeshauptstadt belastet.

Ohne Übertreibung kann man wohl sagen, daß sich das Straßenbild — insbesondere der Kaiserstraße — in nicht mehr von dem irgendeiner anderen Großstadt Deutschlands unterscheidet, und wir Karlsruher freuen uns über den schnellen Aufstieg unserer Stadt. Mögen wir dafür sorgen, daß diese Freude eine ungeteilte sei, daß jeder Wegbegleiter nur die Vorteile der großen Stadt genießen kann, und die unerklärliche gegenwärtige Rücksichtnahme, den Verkehr möglichst reibungslos ablaufen läßt. Wie heißt es doch? Würde bringt Würde! Deshalb — ich richte mich heute an die Fußgänger —, Ihr lieben Karlsruher, weiblichen und männlichen Geschlechts, die Ihr zu Befolgen müßt, auch noch wichtigeren Gründen, die Kaiserstraße aufsuchen mögt, denkt an die Verkehrserschwerungen der Großstadt, deren Besprechung hier zu weit führen würde, denkt nicht immer nur an Euch selbst, sondern auch an die anderen, denkt überhaupt ein bißchen großstädtisch, und bleibt nicht gedankenlos am den Straßenecken oder mitten im größten Verkehr stehen, um noch schnell die letzten Neuigkeiten Euren Bekannten zu erzählen. Läßt sich aber ein derartiges Stillschreiten gar nicht vermeiden, dann geht in eine Nebenstraße oder sucht die Parkplätze für Fußgänger, die Cafés usw. auf, deren Besitzer über diesen Vorschlag sicher nicht böse sind.

Eine unbedingte Forderung, die der gesteigerte Fußgängerverkehr in jeder Straße mit sich bringt, ist das Einhalten der rechten Gehwegseite. Die Straßenpolizeiordnung von Karlsruhe sagt in § 30, daß sich die Fußgänger bei lebhaftem Verkehr rechts auszuweichen haben. Damit wäre an und für sich die rechtliche Grundlage zum Einschreiten für alle die Fälle gegeben, in denen nicht die rechte Gehwegseite eingehalten wird; denn ein Ausweichen nach rechts bedeutet nur dann eine Verkehrserschwerung, wenn auch dauernd die rechte Gehwegseite verdrängt wird. Erfreulicherweise kann ja heute bereits beobachtet werden, daß ein großer Teil des Publikums, wohl schon aus der Erwägung heraus, auf diese Weise schneller zum Ziel zu gelangen, diese elementare Regel jedes Großstadtverkehrs berücksichtigt. Wir wissen aber alle, wie ungemein fördernd es wirkt, wenn auch nur einzelne, wenige Passanten es versuchen, gegen den Strom zu schwimmen, und aus diesem Grunde muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß allmählich jeder Wegbegleiter bestraft sei, von sich aus das Seine zu einer raschen Verkehrsabwicklung beizutragen.

Vielleicht wird uns dann das Experiment, mit Hilfe der Verkehrs Polizei auch Ordnung in den Fußgängerverkehr einzubringen, erspart bleiben; denn darüber sind auch wir von der Polizei, deren Aufgabe es ist, Ordnung auf der Straße zu halten und gegen Auswüchse jeder Art einzuschreiten, uns im Klaren, daß wir in gleichem Maße auf die Mitwirkung und auf die Einsicht des Publikums angewiesen sind. Wenn diese vorhanden ist, dann müßte es wohl auch ohne „Instruktionsstunden in der Kaiserstraße“ abgehen. Vielleicht bleibt uns aber doch nichts anderes übrig, als daß wir, wenigstens für die nächste Zeit, dem Beispiel anderer Städte folgend, durch Polizeibeamte den Verkehr auf den Gehwegen der Kaiserstraße überwachend lassen. Für diesen Fall bitten wir das Fußgängerpublikum um seine Unterstützung; möge sich jeder Spaziergänger vergewissern, daß alle diese Maßnahmen nur zum Wohl der Allgemeinheit getroffen sind, dann werden sich unheimliche Meinungen fraglos vermeiden lassen. Vor allem sehe man derartige Anordnungen nicht vom Standpunkt des Lächerlichen an; es ist bekanntlich immer leichter, eine Sache zu glossieren, als sie besser zu machen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich darauf hinweisen, daß es sich sicher in vielen Fällen einrichten läßt, den südlichen Gehweg der Kaiserstraße nur für die Umgehung von Westen nach Osten, den nördlichen für die umgekehrte Richtung zu benutzen. Es würde dadurch eine wesentliche Entlastung in der Verkehrsregelung eintreten.

Mit besonderen Schwierigkeiten ist das Überqueren der Kaiserstraße verbunden. Deshalb ist es doppelt ratsam, die Fußgänger nach den Bestimmungen der Straßenpolizeiordnung zu überqueren, indem man sich „im Zuge des Verkehrs freuzender Straßen“ bewegt. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß es unbedenklich ist, die Zeit für seiner Zeitung ausgerechnet auf den Augenblick zu verlegen, wo man verkehrsreiche Straßen zu überqueren hat, daß es ferner angezeigt ist, zunächst den Blick nach links, und nach Erreichung der Straßenmitte, nach rechts zu wenden.

Was aber heute insbesondere besprochen werden soll, sind die Verhältnisse an den Hauptnotenpunkten des Verkehrs. Aus dem Publikum heraus sind da und dort schon Vorschläge gemacht worden, wonach die Regelung in derselben Weise erfolgen solle, wie beispielsweise am Potsdamer Platz in Berlin. Auch neuerdings erschienen in der Presse beachtenswerte Forderungen hinsichtlich der Verkehrsregelung an der Ecke beim Königer; vielleicht darf bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß eine Verlegung der Haltestelle beim Königer auf die Westseite der Kaiserstraße, also etwa vor die Diskontogeschäft, schon seit längerer Zeit in Erwägung gezogen worden ist, und zur Zeit Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden in dieser Angelegenheit schweben, während die an anderer Stelle erörterten „Verkehrsschranken“ an nicht allzu breiten Gehwegen die Gefahr der Verkehrsstörung in sich bergen. Schon heute bildet der mit Recht gerügte Wendepunkt des Bummels an der Ecke der Kaiser- und Kaiserstraße eine Ansammlung von Menschen, und man könnte sich sehr wohl denken, daß durch Anbringung von Ketten oder Verkehrschranten der jetzt schon störende Verkehrsstrom in lästiger Weise mehr und mehr eingengt wird.

Wenn nun bisher vielleicht noch keine Veranlassung zu einer mechanischen Verkehrsregelung — abwechslungsweise Sperrung und Wiederfreigabe der Straßen — gegeben war, so zwingt der erneut einsetzende Großbetrieb und der sich immer deutlicher fühlbar machende Pulsschlag der Großstadt dazu, wenigstens zu gewissen Tageszeiten in irgendeiner Form einen Ausweg zu schaffen. Unser „Tennisplatz“ an der Ecke beim Königer, der in der Tagespresse mehr oder weniger liebevolle Kritik gefunden hat, erfüllt bislang seinen Zweck, und es kann vielleicht als Erfolg gebucht werden, daß weitaus der größte Teil des Publikums es neuerdings immer mehr unterläßt, in der Diagonale die Straßenkreuzung zu überqueren.

Wenn wir nun an der Ecke beim Königer mit einer abwechslungsweise Sperrung und Wiederfreigabe der Kaiser- und Kaiserstraße beginnen wollen, so muß sich unser sehr verehrtes Fußgängerpublikum über zwei Dinge im Klaren sein: Zunächst mal gilt in solchen Fällen das Zeichen des Verkehrsstopps nicht nur für die die Fußgänger benutzen

Begebenheiten, sondern für die Gesamtheit, d. h. also auch für die Fußgänger. Es ist ferner darauf hinzuweisen, daß das Zeichen, nach dem zu halten ist, darin besteht, daß der Verkehrsschuttmann die Front nach der zu sperrenden Straße einnimmt und beide Arme wagrecht hält. Soll also beispielsweise die Kaiserstraße (selbstverständlich nach beiden Richtungen) gesperrt und die Karlsruher Straße freigegeben werden, so stellt sich der Verkehrsschuttmann mit der Front entweder nach dem Mühlbühlger, oder nach dem Durlacher Tor auf und hält beide Arme wagrecht; nun hat aller Verkehr in der Kaiserstraße, sowohl in östlicher, als auch in westlicher Richtung, zu unterbleiben. Die Begebenheiten in der Karlsruher Straße, denen der Polizeibeamte durch Winken das Zeichen hierzu gibt, haben jetzt freie Bahn. Nach wenigen Augenblicken wird, wenn dies notwendig ist, die Karlsruher Straße gesperrt, indem der Verkehrsschuttmann nach einer Viertelstunde die Front nach der Münze oder nach Süden einnimmt und wiederum die Arme zur Wagerechten erhebt. Gleichzeitig wird der Verkehr in der Kaiserstraße freigegeben, wozu der Verkehrsschuttmann durch Winken auffordert. Erweist sich aber ein dauernder Wechsel zwischen Sperrung und Freigabe zur Zeit noch als überflüssig, so gibt der Polizeibeamte durch Winken den Passanten der zuletzt gesperrten Straße den Weg frei und beschränkt sich demnach ausschließlich auf die Regelung des Fahrzeugverkehrs. Die Praxis wird uns da den richtigen Weg weisen, und ich glaube, daß ebenso wie die gänzliche Sperrung und Wiederfreigabe lediglich zu bestimmten Tageszeiten motiviert ist, dieses Verfahren immer nur von Fall zu Fall Anwendung finden sollte; denn wenn wenig Publikum da ist, wäre es gegen den Sinn einer Verkehrserschwerung, Straßen zu sperren, in denen nichts abzusperren ist.

Zweck der vorstehenden Zeilen war es, das Fußgängerpublikum, dessen Wohl und Wehe uns genau so ans Herz gewachsen ist, wie das der übrigen Begebenheiten, auf einzelne Punkte hinzuweisen, die jetzt beim Beginn der Frühjahrsreisen nicht unbesprochen bleiben dürfen.

Zum Entwurf des Reichsmilchgesetzes

Der Vorstand des Badischen Milcheiwerbandes hat in seiner Sitzung vom 6. April 1929, zu der auch die Badische Landwirtschaftskammer und die Vertreter der übrigen badischen landwirtschaftlichen Organisationen zugezogen waren, u. a. zu dem Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Milch, Milchzubereitungen und Milchzerzeugnissen (Milchgesetz) Stellung genommen.

Grundsätzlich vertritt er die Auffassung, daß er alle Bestimmungen begründet, die die Hebung der Güte der Milch zum Ziele haben, da Letztes Endes dadurch eine Steigerung des Milchverbrauchs eintritt. Wenn auch die Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftsgebieten verschieden gelagert sind, so muß doch in den grundlegenden Bestimmungen eines Gesetzes über den Verkehr mit Milch eine einheitliche Regelung Platz greifen. Er ist aber auch weiterhin der Meinung, daß in allen den Fragen, die infolge der verschiedenen gelagerten Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftsgebieten, für die infolgedessen eine besondere Regelung vorgezogen ist, nicht die einzelnen Kommunen zuständig sein sollen, sondern jeweils die oberste Landesbehörde die betreffenden Bestimmungen zu erlassen habe. Er vertritt daher auch die Auffassung, daß die Ausführungsbestimmungen zum Reichsmilchgesetz vom Reich zu erlassen sind.

Der Vorstand konnte daher der Fassung verschiedener Paragraphen des Entwurfes seine Zustimmung nicht geben und hat hierzu Abänderungsanträge eingereicht, die nebst dem Entwurf des Reichsmilchgesetzes den Mitgliedern des Verbandes zur Kenntnisnahme demnach übermitteln werden.

Lohnverhandlungen in Baden

Gescheiterte Lohnverhandlungen im Brauereigewerbe. Am Mittwoch fanden in Karlsruhe Lohnverhandlungen zwischen den Brauereiarbeitern und dem Badischen Brauereiverband statt. Nach zweistündigen Verhandlungen wurden diese von arbeiter.

Aus der Landeshauptstadt

Der Christliche Verein junger Männer E. V. Karlsruhe, Rowadanlage 5, Glied des bad. evang. Jungmännerbundes, feiert am 14. April seinen 90. Geburtstag. Im Jahr 1839 gegründet, ist er damit nicht nur der älteste christliche Jungmännerverein Karlsruhe, sondern auch von ganz Baden. Der Verein hat es sich abgesehen von der Sammlung ortsanfänger Jugend, lange, ehe die moderne Jugendbewegung einsetzte, stets zur besonderen Aufgabe gemacht, ortsfremden jungen Männern Heim und Anschluss zu bieten. Das eigene Haus, das er seit 1918 in der Rowadanlage 5 besitzt, desgleichen der Spielplatz mit Sommerheim im Wildpark leisten ihm hierbei treffliche Dienste. In seinen Reihen sind alle Stände vertreten, Kaufleute, Angestellte, Handwerker und Fabrikarbeiter; dadurch wirkt er im besten Sinne sozialausgleichend.

Badisches Landesbühnen. Am Sonntag, den 14. April, nachmittags 15 Uhr, findet im Landesbühnenhaus die Vorstellung der Sondernorm für Auswärtige die Aufführung von Lessings „ Nathan der Weise“ statt. Im städtischen Konzertsaal, abends 19 1/2 Uhr, geht Weilers amerikanische Schwurgerichterverhandlung „Der Prozess Mary Dugan“ zum viertenmal in Szene. — In dem altindischen Schauspiel „Saluntala“ des Kalidasa, das in der Nachdichtung Paul Kornfelds am Samstag, den 13. April, zum erstenmal in Szene geht, spielt Elisabeth Wettram die Titelrolle. Neben ihr wirken Stefan Dahlen als König Dushmanta, und in anderen Hauptrollen die Damen Emarth, Frauenborfer, Schreiner und Wiler, sowie die Herren Brand, Gemmede, Herz, Höder, Just, Müller, Schulze und von der Trend. Felix Baumhach setzt das Werk in Szene. Die Bühnenbilder schuf Lorien Hecht, und Margarete Schellenberg entwarf die Kostüme.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landwirtschaftskammer Karlsruhe. Die allgemeine Wetterlage mit hohem Druck im Nordwesten Europas hat sich jetzt gestern wenig verändert. Das kleine Tiefdruckgebiet, das von Südindien nach Deutschland gezogen war und uns Niederschläge gebracht hat, ist nach Frankreich abgezogen. Von seiner Rückseite sind aus Nordosten föhler Luftmassen bereits in unser Gebiet eingedrungen, mit denen rascher Druckanstieg verbunden ist. Das nordwesteuropäische Hoch wird mit seinem östlichen Ausläufer nach Süden schwenken und uns Aufheiterung bei nordöstlichen Winden bringen. Wetterausblick: Zeitweise heiter, vorwiegend trocken bei Nordostwinden, Niederschläge höchstens noch in Südbaden, in Aufklärungsgebieten Nachtfrostgefahr und am Tage mild.

Nachdem bereits Mittwoch früh gegen 6.45 Uhr in dem ganzen Mittelappennin kleinere Erdbeben verspürt worden waren, haben sich heute nacht gegen 1 Uhr wiederum einige leichtere Erdstöße ereignet. Schaden wurde nicht angetan. Durch Kräfte haben die kalifornischen Ostküster einen Schaden erlitten, der auf 50 Millionen Dollar geschätzt wird.

Kurze Nachrichten aus Baden

blb. Baden-Baden, 11. April. Am heutigen Donnerstag begeht die Ehrenpräsidentin des hiesigen Frauenvereins von Hohen Kreuz, Frau Sophie Doh, Witwe geb. Großholz, ihren 80. Geburtstag. Weit über ein Menschenalter hinaus hat Sophie Doh sich an den verschiedensten Gebieten der Caritas und des Frauenvereins betätigt. Nachdem die nun achtzigjährige sich an den verschiedensten Posten hervorragend bewährt hatte, wurde sie im Jahre 1907 zur Präsidentin des hiesigen Frauenvereins gewählt, welches Amt sie bis zum Jahre 1921 vertrat. Der Verein wählte die Jubilarin beim Scheiden aus ihrem Amte zur Ehrenpräsidentin.

blb. Vörsach, 10. April. Die Polizeifunkstelle beim Bezirksamt Vörsach ist in Betrieb genommen worden. Der Erkennungsdiens bei dem Bezirksamt Vörsach ist eine Funk-, Sammel- und Verteilungsstelle und beliefert sämtliche Polizeistationen, Gendarmerie- und Grenzpoststellen. Die Einrichtung der polizeilichen Funkstelle bedeutet polizeitechnisch eine hervorragende Verbesserung des polizeilichen Nachrichtenverkehrs.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	11. April		10. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.07	169.41	169.08	169.35
Kopenhagen 100 Kr.	112.30	112.52	112.31	112.53
Italien 100 L.	22.05	22.09	22.045	22.085
London 1 Pfd.	20.45	20.49	20.451	20.487
New York 1 D.	4.2130	4.2210	4.2130	4.2210
Paris 100 Fr.	16.45	16.49	16.455	16.495
Schweiz 100 Fr.	81.145	81.265	81.10	82.26
Wien 100 Schilling	59.145	59.265	59.31	59.34
Prag 100 Kr.	12.466	12.486	12.467	12.487

Die badischen Genossenschaftsbanken im Februar 1929

Ähnlich den anderen Geld- und Kreditinstituten veröffentlicht auch die badischen Genossenschaftsbanken, vereinigt in den Verbänden der ober- und unterbadischen Kreditgenossenschaften, einen Status per 28. Februar 1929. Die nachfolgenden Zahlen (in tausend Reichsmark zu lesen) geben einen Überblick über die Aktiva und Passiva, und zwar sind die Zahlen wie folgt aufgeführt: 1. 31. Dezember 1928, 2. 31. Dezember 1927, 3. 31. Dezember 1926 und 4. per 28. Februar 1929:

Aktiva insgesamt: 83 885, 103 869, 123 438, 126 790. Kasse, Sorten usw. 1820, 1780, 2056, 1940. Banken: 4670, 4841, 5129, 5129. Wechsel: 10 098, 11 843, 14 573, 14 763. Wertpapiere: 1755, 2545, 2610, 2751. Kassenhand: 61 854, 76 888, 90 464, 96 902. Immobilien und Mobilien: 2949, 2801, 3175, 3204. Beteiligungen: 21, 180, 466, 473. Sonstige Aktiva: 668, 3153, 4065, 1568.

Passiva insgesamt: 83 885, 103 869, 123 438, 126 790. Geschäftsausgaben: 8798, 11 294, 13 909, 14 426. Reserven: 4849, 5849, 6112, 7615. Spareinlagen: 35 172, 46 638, 61 098, 68 280. Kontokorrentkonto: 27 540, 27 231, 28 671, 28 753. Banken: 4427, 6983, 6244, 6575. Akzepten: 327, 519, 731, 623. Sonstige Passiva: 2722, 5355, 6673, 2518. Anleihe: 0, 3790, 4092, 4359. Giroverbindlichkeiten: 0, 21 845, 19 101, 17 673.

Der Erbschaftskonturs Niefer

Allmählich lassen sich gewisse Zahlengrößen bei dem Zusammenbruch der Nieferischen Unternehmungen erkennen. Nach vorläufigen Berechnungen dürften sich die Passiven des Nachlasses auf annähernd vier Millionen Reichsmark belaufen. Lassen sieben an Aktiva kaum eine halbe Million Reichsmark gegenüber. Die Passiven verteilen sich gleichmäßig auf Bank- und private Gläubiger einerseits und die Nieferischen Gesellschaften andererseits. Die Banken und Privatleute dürften circa 1,8 Millionen Reichsmark einbüßen, während die Nieferischen Gesellschaften etwa 1,9 Millionen Reichsmark zugute haben. Das dürfte wohl auch der hauptsächlichste Grund sein, weshalb sowohl die Badische Obst- und Weinbrennerei A.-G., Uffern, Sigg Rodt, wie auch die Badische Tabakfabrik- und Verwertungs-A.-G. Rodt Konkurs anmelden mußten. Als die Erben Niefers die Finanzlage der Erbmasse überblickten, schlugen sie den Nachlass auf und ließen es zum Nachlasskonkurs kommen. Mit einer wesentlichen Quote dürften die Gläubiger wohl kaum rechnen können, wenn auch die Erben Niefers erklären, daß sie nach eigenem Gutdünken die Lieferanten und einige private Gläubiger befriedigen werden.

Reisebüro Karlsruhe A.-G., Karlsruhe i. B. Das abgelaufene Geschäftsjahr 1928 brachte bei dem Reisebüro Karlsruhe A.-G. nach Tilgung von 30 110 Reichsmark Unkosten einen Reingewinn von 3314 Reichsmark, der sich unter Hinzuziehung des vorjährigen Gewinnvortrages von 923 Reichsmark somit auf 4238 Reichsmark erhöht.

Das Vergleichsverfahren über die Eisenwerke Gaggenau. Über die Firma Eisenwerke Gaggenau wurde am 6. April, vormittags 9 Uhr, das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Rechtsanwalt Neuberger, Baden-Baden, bestellt. Termin zur Verhandlung über die Vergleichsvorschläge ist am 6. Mai vor dem Amtsgericht Rastatt.

G. Solsmann & Cie. A.-G., Weissenbachfabrik (Wurgal). Diese mit einem Aktienkapital von 42 Mill. Reichsmark arbeitende Holzstoff- und Papierfabrik erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1928 aus einem Bruttoüberschuß von 1 863 147 Reichsmark einen Reingewinn von 428 412 Reichsmark. Unter Hinzuziehung des Reingewinns aus 1927 von 103 114 Reichsmark wird insgesamt ein Gewinnvortrag von 531 526 Reichsmark auf neue Rechnung übernommen. In der Bilanz sind u. a. ausgewiesen: Gebäude und Grundstücke mit 1 191 812, Anlagen und Einrichtungen mit 7 388 589, Debitoren- und Vorräte 3 191 759 und Kasse, Wechsel und Wertpapiere mit 1 057 298 Reichsmark. Auf der anderen Seite sind neben dem Aktienkapital aufgeführt: Kreditoren 4 263 309, Abschreibungen 2 664 891, Umstellungreserve 1,2 Millionen und eine Sonderrücklage von rund 20 000 Reichsmark.

Uhrenfabrik vorm. L. Furtwängler Söhne A.-G., Furtwängern. Aus dem Abschluß pro 1928 ist noch nachtragungsweise, daß sich der Bruttoüberschuß auf 291 978 Reichsmark belief. Generalunkosten beanspruchten 202 643 Reichsmark, während für Abschreibungen 95 227 Reichsmark verwendet wurden.

Ludwigshafener Hafenverkehr. Der Hafenverkehr auf dem Rhein in Ludwigshafen stellte sich im letzten Vierteljahr 1928 auf insgesamt 1 010 000 Tonnen gegen 1 025 000 Tonnen im dritten Vierteljahr 1928 und 1 279 000 Tonnen im Vergleichsvierteljahr des Vorjahres. Die Zufuhr betrug im einzelnen zu Berg 683 000 Tonnen, zu Tal 326 000 Tonnen, die Abfuhr zu Berg 24 500 Tonnen und zu Tal 269 000 Tonnen.

Literarische Neuerscheinungen

Georg Wegener: Fliegt mit! In der Sammlung „Helden und Abenteuer“ des Verlags F. A. Brockhaus erscheint als Band 44 die gekürzte Ausgabe des „Neuen Flugs“. „Fliegt mit! Neue Erinnerungen eines Weltreisenden.“ Mit 26 Abbildungen. Halbleinen. 280 M., Ganzleinen 3,50 M. Die Erinnerungen reichen von Haderabad bis zum Mont-Pele, von der Abenteuer bis zum Tausung-See. Eine Fülle von freudigsten, traurigsten, abenteuerlichen Erlebnissen, Gefühlen und Geschehnissen wird über den Leser ausgegossen.

Warum wird Mehl und Brot immer mehr zur Giftnahrung? Von Nahrungstechniker Stefan Steinmetz. 52 S. 8°. (Dresden, G. Bahl.) Geh. 1,25 M. — In dieser Schrift gibt der Fachmann Aufschluß, weshalb der Verbrauch des täglichen Brotes ständig zurückgeht und noch dazu so vielfach Auslandsgetreide Verwendung findet, daß der einheimische Roggen an das Reich veräußert werden muß. Steinmetz erklärt dies aus den verbesserten Verkehrsverhältnissen der Neuzeit, die es neben noch anderen Ursachen dahin gebracht haben, daß wir in der Volksernährung von der früheren Eigenbauversorgung abgekommen sind. Die Lebensmittelversorgung, besonders der Städte, erhielten dabei die Kaufleute, deren Neklamen oft den ausländischen Nahrungsmitteln besondere Vorzüge zuschrieben. Die Hausfrauen, die bei der breiten Masse den größten Teil des Volkseinkommens für die Nahrung ausgeben müssen, kaufen diese besonders verlockend verpackten oder ausgestatteten Nahrungsmittel und ein großer Teil des Einkommens wandert derart ins Ausland. Dem einheimischen Bauern entgeht dieser natürliche Rückstrom des Geldes und er kann daher auch keine Industrieerzeugnisse mehr kaufen. Darum hängen die Not der Landwirtschaft und die Arbeitslosigkeit in den Städten innig zusammen. Steinmetz, der schon seit 40 Jahren auf diesen wirtschaftlichen Fehler hingewiesen hat, gibt auch den Grund an, weshalb seine Bestrebungen so arg bekämpft werden. Mehl und Brot immer verfeinelter und deshalb zur Giftnahrung werden. Zugleich zeigt er den sofort gangbaren Weg zur besseren Ausnutzung des einheimischen Getreides und zur Verbilligung der ganzen Volksernährung.

Dr. H. v. Sarofin: Robe Zukost. Die goldene Mittelstraße. 165 Kochrezepte für Sommer und Winter. 62 S. (Dresden, G. Bahl.) 1 M. — So fern es dem Verfasser liegt, die Hausfrauen etwa grundräßig zur Kochkunst überreden zu wollen, so will er ihnen doch die Ergebnisse neuester Ernährungsforschung praktisch annäher machen, die den Wert der roh genossenen Früchte und Gemüse für die Förderung der Gesundheit je länger je mehr erkannt hat. Auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen bietet er eine reiche Auswahl exakter Vorschriften, die auch den verweichlichten Feinschmecker voll zu befriedigen recht wohl geeignet erscheinen.

Roland Vetsch — Franz Eberlin: „Acht Hütentage“. Mit über 50 Originalaufnahmen und Skizzen. (235 S., gebunden 5,80 M., Bergstadtverlag Wilt. Götli, Korn, Dresden 1.) — Roland Vetsch, der Dichter, Franz Eberlin, der Kunstmaler, Sepp Kletterer, der Lichtbildner, ein Dreigestirn echter Sportsleute, sind die Verfasser und Akteure des Schneesportbuches „Acht Hütentage“. Roland Vetsch schrieb den Text, Franz Eberlin verfaßte den Stil und schmückte das Buch mit amüsanten Linoleumschnitten, und Sepp Kletterer leitete die photographischen Aufnahmen. — Sämtliche Photos sind Originalaufnahmen der Verfasser, sämtliche Schwünge, Quersprünge, Geländesprünge und Wächtersprünge von ihnen selbst ausgeführt.

„Vom Sinn der Leibesübungen“, von Dr. Eugen Matthias, a. o. Professor für Biologie der Leibesübungen an der Universität München (Delpin-Verlag, München). Die vorliegende Schrift will die Grundbedingungen und Grundziele aller Leibesübungen vor Augen führen. Sie will dem Suchenden — der Jugend, wie ihren Führern — das Nützliche klären, in dem sie das Wesentliche heraushebt und allen Behag beiseite läßt.

Zeitschriftenschau

Frauen können ab

Wenn das Ergebnis eines Preiswettbewerbs in einer der besten deutschen Frauenzeitschriften, die in allen Ecken gelesen wird, lautet: daß Gertrud Bäumer die bedeutendste, Helene Mayer die derzeit bekannteste, und Henny Borten die beliebteste Frau im Deutschland der Gegenwart sei, so verdient diese Entscheidung nicht nur die Aufmerksamkeit des großen Leserkreises, sondern der gesamten deutschen Frauenwelt. Wir möchten deshalb nicht veräumen, auf das erste Aprilheft der Zeitschrift „Neue Frauenleitung und Frauenkultur“ hinzuweisen, in dem nicht nur die drei Siegerinnen in dem interessanten Wettbewerb, sondern auch eine ganze Reihe weiterer bedeutender Frauen als häufig genannt zitiert und die Antworten der beiden ersten Preisträgerinnen veröffentlicht werden. Das Heft bringt außerdem, der Jahreszeit gemäß, zur Vermittlung machende Überlegungen und den Frühling einleitende Aufsätze und Bilder über die Kleidung der vornehmen Frau, die neuen Formen und Modelle erstklassiger Kunstwerkstätten und die Fortsetzung des sowohl inhaltlich, wie auch in seiner Sprachform tief ergreifenden Gegenwartsromanes von Anna Kappstein: Die Masken der Ursula Heß.

Wie jedes Heft, bringt auch dieses wiederum als Titelbild eine ausgezeichnete farbige Wiedergabe „Junge Bapellen im Frühling“ des bekannten, vor kurzem verstorbenen Malers Hans von Holtmann.

Das neue Heft ist durch jede Buchhandlung zum Preise von 90 Pf. zu beziehen. Es eröffnet gleichzeitig das neue Vierteljahr der Zeitschrift, das bei 6 Heften nur 4,80 M. kostet. Probenummer kostenfrei vom Verlag G. Braun in Karlsruhe.

Reine Chronik

An der atlantischen Küste Amerikas herrscht die Gigaweite ununterbrochen fort in einem Maße, wie man sie seit 80 Jahren um diese Jahreszeit herum nicht vergleichen konnte. Bis jetzt sind in New York 5 Personen dem Temperaturanstieg erlegen.

Bei einer Explosion, die sich auf einem japanischen Minenleger im Kriegshafen Yokohama während einer Übung ereignete, wurden 7 Rabetten getötet und 30 verletzt.

Familienanzeigen

der badischen Beamtenschaft finden in der

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger
die weiteste Verbreitung

Gemeinderundschau

Die Bevölkerungsbewegung in Karlsruhe

Zu Jahre 1928 wurden 1317 Ehen geschlossen. Das sind mehr als in jedem der Jahre 1924—1927, z. B. 88 mehr als im Vorjahr und 294 mehr als im Jahr 1924. Es sind auch mehr als in der Vorkriegszeit, z. B. 267 mehr als im Jahre 1913. Diese Zunahme der Eheschließungen ist nicht nur eine Folge der Zunahme der Einwohnerzahl; sie ist vielmehr über letztere hinausgegangen. Die Zahl der lebendgeborenen Kinder (2800) ist größer als in jedem der Jahre zurück bis zum Jahre 1923. Verglichen mit den Jahren der Vorkriegszeit sehen jedoch z. B. gegenüber 1913 73 Kinder, gegenüber 1912 192 Kinder, usw. Noch schärfer hebt sich hervor, welchen Grad der Geburtenrückgang in Karlsruhe erreicht hat, wenn man berechnet, wieviel Lebendgeborene auf je 1000 Einwohner entfallen. Das waren um 1900 fast 30, um 1910 rund 25, 1913: 20,6, 1927 und 1928 aber nur 18,5 und 18,6. Geringer waren 2274, unehelich 535 Kinder (im Vorjahre 564). Totgeborene wurden 104 Kinder, d. h. mehr als in allen bisher beobachteten Jahren, mit Ausnahme der Jahre 1920 (116) und 1914 (112).

Gestorben sind im Berichtsjahr nur 1776 Personen. Es sind, trotz Steigerung der Bevölkerung, nicht nur (11) weniger als im Vorjahre, sondern auch zurück bis zum Jahre 1900 weniger als in jedem dieser Jahre mit Ausnahme der vier Jahre 1925 (1748 Sterbefälle), 1924 (1738), 1902 (1737) und 1900 (1773 Sterbefälle). Zu den Jahren ab 1900 starben 18 Promille, ab 1906 etwa 16,3 Promille, um 1910 etwa 15,5 Promille, im Jahre 1912: 14,13, 1913: 13,42, 1924: 12,06, 1925: 11,98, 1926: 12,48, 1927: 11,95 und 1928: 11,76 Promille. Die Sterbeziffern der Jahre ab 1924 sind also die bisher kleinsten mit Ausnahme des Jahres 1926, das eine höhere Sterblichkeit aufweist, als 1924 und 1925. Wenn es gelungen ist, die Sterblichkeit erheblich zu vermindern, so nicht zum wenigsten deshalb, weil es gelang, die enorme Säuglingssterblichkeit mit Erfolg zu bekämpfen. Im Berichtsjahr starben nur 213 Säuglinge, d. h. so wenig wie nie zuvor. Was noch erreicht werden muß, das zeigen die zum Teil viel niedrigeren Sterblichkeitsziffern anderer Länder, z. B. der Schweiz 5,7 Prozent (1926), während für das Deutsche Reich im Jahre 1927 die Sterbeziffer 9,7 Prozent betrug. Die Altersstufen bis 40 (aber ohne Säuglingsalter) hatten gegenüber 1927 ein Weniger von 7 Sterbefällen, die Altersstufen 40—60 ein Mehr von 16 und die von 60 an ein Mehr von 31.

Der Tuberkulose fielen 132 Personen zum Opfer. Auf 10 000 Einwohner berechnet, umfaßt die Tuberkulosesterblichkeit nur noch 8,74 Fälle gegen rund 14 in den Jahren 1925 und 1926 und gegen 20,5 und mehr in der Vorkriegszeit. An Lungentuberkulose starben 109 Personen (1928: 105). An Krebs gingen 234 Personen zugrunde, davon 155 Personen weiblichen Geschlechts. Während um 1900 auf 10 000 Einwohner sich kaum 10 Krebstodesfälle jährlich ereigneten, waren es um 1910 gegen 11, 1924 waren es 14,3, 1925: 13,6, 1926: 14,3, 1927: 13,6 und 1928: 15,5. Durch Selbstmord endeten 34 Personen (davon 21 männlichen Geschlechts); die jüngsten (3) standen im Alter von 15 bis 20 Jahren (darunter 2 Personen weiblichen Geschlechts). Verunglückung führte in 57 Fällen zum Tode, u. a. wurden 3 Personen durch die Straßenbahn überfahren, 2 durch die Eisenbahn, 12 von Kraftwagen, je 1 durch Motorrad und Pferdefuhrwerk.

Das Ergebnis der natürlichen Bevölkerungsbewegung ist ein Geburtenüberschuß von 1033 Personen oder 6,84 auf 1000 Einwohner berechnet. In den vorhergehenden Jahren, bis zurück zum Jahre 1922 einschließlich, war der Geburtenüberschuß absolut wie relativ geringer (1927 um 55 Personen oder 0,3 Promille); dagegen war der relative Geburtenüberschuß in der Vorkriegszeit stets größer. Einschließlich einer Zunahme von 577 Personen, die das Ergebnis der Zu- und Wegzüge sind (19 515 Zu- und 18 938 Wegzüge), beträgt die Jahreszunahme der Bevölkerung 1610 Personen, so daß sich für 1. Januar 1929 eine fortgeschriebene Einwohnerzahl von 152 420 ergibt.

Ausbau der Oberheintalbahn. Eine in Waldshut stattgefundene Versammlung befaßte sich mit dem Ausbau der Rheintalbahn, von der Regierungsoberrat Dr. Weber von Koblenz (Rheinland) erklärte, daß sie aus ihrer bedeutenden Stellung im allgemeinen nur zu einer Sekundärbahn herabgedrückt worden sei. Die Oberheintalbahn könne aber im großen internationalen Durchgangsverkehr von Osten nach Westen, wenn er einmal voll ausgebaut ist, eine hervorragende Stellung einnehmen. Der Ausbau der Oberheintalbahn selbst sei dringendes Erfordernis. Mit der Verwirklichung des Regaubahnprojektes bilde die Oberheintalbahn eine gute Verbindung mit der Donaubahn, wodurch eine durchgehende Linie von Regensburg bis Basel geschaffen sei. In dieser Linie könne auch der Verkehr von und nach der Schweiz und Süddeutschland eingeschlossen werden, mit Anschluß der Linie von Norddeutschland, Österreich und Ungarn.

Sterbefälle in Mannheim. In Mannheim sind im Jahre 1928 insgesamt 2519 Menschen aus dem Leben geschieden. Die meisten Todesfälle (485) sind auf Krankheiten der Atmungsorgane zurückzuführen; Krebs forderte 285 Opfer. An Magen- und Darmkatarrh und sonstigen Krankheiten der Verdauungsorgane starben 249 Personen, an Tuberkulose 185.

Die Schnellbahn Mannheim—Heidelberg. Nach einer Meldung der „Neuen Badischen Landeszeitung“ hat sich durch den stark und lange anhaltenden Frost auch die Fertigstellung der elektrischen Bahn nach Heidelberg stark verzögert. Die Oberheinische Eisenbahngesellschaft rechnete mit dem Beginn des Verkehrs für etwa Mai d. J., hat jetzt aber diesen Termin auf etwa August oder September hinauschieben müssen. Wenn Heidelberg erreicht ist, dann soll die Elektrifizierung sogleich in der Richtung Schriesheim—Weinheim weitergeführt werden.

Die Schnakenplage in Bruchsal bildete in der letzten Stadtratssitzung einen wichtigen Punkt der Beratungen. Um eine Verminderung der Schnakenplage dieses Jahr herbeizuführen, erhält die Gutsverwaltung den Auftrag zur Ausführung der von der Stadtverwaltung hinsichtlich der Düngung der Stegweiden übernommenen Verpflichtungen. Die sonst übliche Wässerung dieser vor der Stadt liegenden ausgedehnten Wiesen wird dieses Jahr nicht vorgenommen, weil man die Stegweiden als den Herd der Schnakenbrutstätten ansieht.

Städtischer Wohnungsbau 1929 in Offenburg. Gemäß Stadtratsschluß sollen 1929 im ganzen 22 Wohnungen erstellt werden. Der Bauaufwand beträgt rund 120 000 M. Der Betrag soll mit Ermächtigung des Bürgerausschusses bei einer Bank aufgenommen werden. Für Gemächung von privaten Baugrundstücken werden für das Jahr 1929 vorläufig 400 000 M vorgesehene. Die Verzinsung und Tilgung der Baudarlehen beträgt 3 Proz. Zinsen und 2 Proz. Tilgung, wie im letzten Jahre. An Zinszuschüssen werden gewährt: 3 1/2 Proz. aus einem Kapital bis zu 75 Proz. der Neubauskosten. Die Stadt übernimmt auch wieder Bürgschaften bis zum Betrag von 150 000 M für zweite Hypotheken. Weiter hat der Stadtrat die Aufnahme eines Darlehens bei der Badischen Girozentrale in Höhe von 200 000 M beschlossen.

Bau des neuen Kurhauses in Badenweiler abgelehnt. Der Bürgerausschuß Badenweiler verhandelte darüber, ob die Gemeinde sich finanziell an einem Kurhausneubau beteiligen soll, wie dies vom Staat der Gemeinde vorgeschlagen wurde. Diese Beteiligung wurde jedoch einstimmig abgelehnt. An der Diskussion sowohl, als in einer von Bürgermeister Dr. Käfer ausgearbeiteten Denkschrift kam zum Ausdruck, daß die Gemeinde trotz des augenblicklich niedrigen Umlagefußes wirtschaftlich nicht in der Lage sei, das vom Staat vorgeschlagene Drittel der Baukosten aufzubringen. Wenn für den Neubau eine Bauperiode von zwei Jahren vorgesehen sei, bedeute das einen Anfall von zwei Fremdenzinsen.

Im Bürgerausschuß Teiberg löste eine lebhafte Debatte die Beantragung der Erhebung eines Fremdenverkehrsbeitrages aus. Diese Verkehrsabgabe soll von den am Fremdenverkehr interessierten Kreisen erhoben werden. Die Mittel zu den verschiedensten Propagandaausgaben des Kurorts wurden bisher durch freiwillige Beiträge aufgebracht. Gegen diese Abgabe machte sich eine ziemlich Opposition bemerkbar, doch wurde die entsprechende Vorlage trotzdem mit 33 gegen 25 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Das gegen stimmte der größte Teil des Zentrums und die Sozialdemokraten.

Der Gemeinderat Waldshut faßte eine Reihe wichtiger Beschlüsse über die Verkehrsverbesserung in Waldshut und Umgebung. Er erklärte sich zunächst grundsätzlich bereit, die Errichtung einer Autolinie Waldshut—Seebrod zu fordern und sich daran finanziell zu beteiligen. Zum Zwecke der Verkehrserschließung des Nuchberges und des Hohenwaldes beauftragt der Gemeinderat das größte Interesse an der Errichtung des Straßenstückes Vogelbach—Nohingen, und erklärt sich für die Stadt Waldshut bereit, an den entstehenden Kosten sich vorwiegend zu beteiligen. Das Straßenprojekt Immeneich—Nemetschwil soll gleichfalls wieder aufgegriffen werden. In bezug auf die Eingemeindungspläne der Gemeinde Dogern, die von den Einwohnern von Dogern nicht besonders begrüßt werden, plant der Gemeinderat die Ausarbeitung einer Denkschrift, in der auch die der Gemeinde Dogern zu bietenden Vorteile einer Vereinigung mit Waldshut zum Ausdruck kommen sollen.

Vergrößerung des Gaswerks Eingen a. S. Nachdem die Agema (Allgemeine Gas-Wasser-Elektrizitäts-Alliengesellschaft in Berlin) vor Jahreschluss den im vergangenen Herbst erstellten großen Vertikalkammerofen mit 6 Kammeren für 30 Tonnen Abgasgewicht in Betrieb genommen hat, begann nun der Zusammenbau des zweiten teleskopierten Gasbehälters mit einem Fassungsvermögen von 15 000 Kubikmeter. Der neue Behälter wird in kurzer Zeit in Dienst gestellt werden können.

Mit dem Bau eines neuen Schulhauses in Lichtenau bei Rehl soll noch in diesem Jahre begonnen werden. Zu den Baukosten erhält die Gemeinde einen Zuschuß des Reiches in Höhe von 20 000 M aus dem Grenzlandfonds.

Die Bürgermeisterwahl in Bonndorf i. Schw. Der vor den letzten drei Wahlgängen üblichen Aufregung um die Kandidaten und ihre Aussichten ist jetzt eine ziemlich gleichgültigkeit gefolgt. Sowohl der Marktschreiber Fluck als auch der Verleger Spachholz werden nicht mehr kandidieren. So bleibt als einzige einheimische Kandidatur die des Bantiers Dr. Arthur Vogt übrig, der wohl auch größte Aussicht auf Erfolg haben dürfte.

Staatsanzeiger

Stromversorgung der Gemeinde Sessenheim, hier

Enteignung auf Bemerkung Sessenheim.

Das Staatsministerium hat mit Entschlieung vom 25. März 1929 Nr. 2188 ausgesprochen, daß die Grundstücke Lg. Nr. 3148, 3149, 3447, 3426 und 2361 der Gemarlung Sessenheim zum Zweck der Errichtung einer 5000-Volt-Leitung von der 20 000-Volt-Umspannstation am Holzweg nach dem Wasserwert gegen vorgängige Entschädigung mit einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit des Inhalts befaßt werden, daß der Kraftwerk Rheinau-Alliengesellschaft gestattet wird, eine Hochspannungsleitung über die genannten Grundstücke zu führen und einen Maststandort auf den Grenzen der Grundstücke zu errichten, wobei die Übertragung der Ausübung der Dienstbarkeit auf einen anderen gestattet ist. Karlsruhe, den 8. April 1929.

Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach.

Enteignung eines Teiles des Grundstücks der Witwe Barbara Dörflam in Dossenheim.

Das Staatsministerium hat mit Entschlieung vom 30. März 1929 Nr. 3214 ausgesprochen, daß die Eigentümerin des Grundstücks Lg. Nr. 3984 der Gemarlung Dossenheim verpflichtet ist, ein Teilstück im Maßgehalt von etwa 4,50 Ar zum Zwecke der Errichtung eines Hochbehälters gegen vorgängige Entschädigung an die Gemeinde Dossenheim abzutreten. Karlsruhe, den 8. April 1929.

Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach.

Dem Touristenverein „die Naturfreunde“ in Darmstadt wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 8. April 1929.

Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach.

Bekanntmachung

Sonnenapotheke Weinheim.

Die Berechtigung zum Betriebe der Sonnenapotheke in Weinheim a. d. B., die durch den Tod des Inhabers erledigt ist, wird zur Verweigerung ausgesprochen.

Bewerbungsgesuche sind unter Vorlage der vorgeschriebenen Nachweise (vergleiche Bekanntmachung vom 5. April 1929, Alltagsapotheke in Pforzheim, Staatsanzeiger vom 9. April 1929) hierher einzureichen.

Ublauf der Bewerbungsfrist: 6. Mai 1929. Karlsruhe, den 9. April 1929.

Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach.

Bekanntmachung

Dem Pferdebezugsverein in Sedenheim ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totaltriebels bei dem am Sonntag, den 21. April 1929, in Sedenheim stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 10. April 1929.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Zum Gen darmetiekommissär Gen darmetieoberwachtmeister Rudolf Liebsingh in Oberried.

Gemeindesparkasse Grözingen.

(Öffentliche Sparkasse).

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
1. Kassenbestand	7 106,06	1. Spareinlagen	666 827,55
2. Darlehen auf Hypothek	420 273,40	2. Giroeinlagen	41 984,76
3. Darlehen an Gemeinden, Länder usw.	19 197,37	3. Aufwertungsfonds	557,27
4. Darlehen auf Schuldschein	157 240,50	4. Geseht. Reservefonds	34 765,31
5. Guthaben bei Girozentralen u. anderen Banken	29 040,57	5. Ausgaberrückstände	58,10
6. Darlehen in laufender Rechnung	104 600,00	6. Reingewinn vom Jahre 1927	8 201,42
7. Wechselbarlehen	2 017,—		
8. Einnahmerückstände	12 917,91		
9. Gerätschaften	1,—		
	752 394,41		752 394,41

Berechnung der Rücklagen.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8 % aus 708 812,31 RM Gesamteinlagen . . . 56 704,97 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 . . . 42 966,73 RM
Somit weniger . . . 13 738,24 RM

Grözingen, den 8. April 1929. O.839
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Gebhard. Der Geschäftsführer: Gebhard.

Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbsenstraße 4
beim Rodelplatz
Flügel
Pianos
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Wohnmöbel Mercedes
Sündergasse 10
Bismarckstraße 10
auf Wunsch Mercedes-Larisch

Karlsruhe, den 7. März 1929.
Güterrechtsregisteramt:
1. Zu Band I Seite 219:
Gastler, Albert, Installateurmeister, Karlsruhe, und Ehefrau, welche sich durch die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am Donnerstag, d. 2. Mai 1929, vormittags 1/11 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am Freitag, den 31. Mai 1929, vormittags 1/11 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 1. St., Zimmer Nr. 43. Der Gegenstand der Konkursmasse befindet sich zur Masse etwas schuldig, darf nichts mehr an die Gläubiger leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf absonderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 2. Mai 1929 anzuzeigen. Karlsruhe, 8. April 1929.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 7.

Colosseum
Täglich 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr
die neue Wiener Revue
Einst und Jetzt

Badisches Landes-Theater
Freitag, 12. April
*F 22 (Freitagmiete)
Tg. Gem. 501—600
Mona Lisa
Oper
von Max von Schillings
Dirigent: Schwarz
Regie: Dr. Bucherfennig
Mitwirkende:
Wants, Scheidhader, Seiberlich, Weber u. Hartung, Borodin, Frey, Kogendörfer, Kaufkötter, Löfer, Küfer, Theo Strauß
Anfang 20 Ende 22
Preise C (1—7 RM)

O.836
Güterrechtsregisteramt:
1. Zu Band I Seite 219:
Gastler, Albert, Installateurmeister, Karlsruhe, und Ehefrau, welche sich durch die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am Donnerstag, d. 2. Mai 1929, vormittags 1/11 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am Freitag, den 31. Mai 1929, vormittags 1/11 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 1. St., Zimmer Nr. 43. Der Gegenstand der Konkursmasse befindet sich zur Masse etwas schuldig, darf nichts mehr an die Gläubiger leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf absonderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 2. Mai 1929 anzuzeigen. Karlsruhe, 8. April 1929.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 7.

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Zum Gen darmetiekommissär Gen darmetieoberwachtmeister Rudolf Liebsingh in Oberried.

Druck G. Braun, Karlsruhe